

Gerd Meyer, Ulrich Dovermann,  
Siegfried Frech, Günther Gugel (Hrsg.)

# Zivilcourage lernen

Analysen – Modelle – Arbeitshilfen

Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2004  
ISBN 3-89331-537-3  
[www.bpb.de](http://www.bpb.de)

Buchhandelsausgabe:  
Institut für Friedenspädagogik Tübingen e. V.  
Tübingen 2004  
ISBN 3-932444-13-2  
[www.friedenspaedagogik.de](http://www.friedenspaedagogik.de)

## DER LOKALE AKTIONSPLAN POTSDAM ALS BEISPIEL

Der lokale Raum ist für die Stärkung von Toleranz und Demokratie von elementarer Bedeutung. Im öffentlichen Raum und in der Nachbarschaft begegnen sich die Menschen gewollt oder ungewollt, hier finden alltäglich Kommunikation und Austausch statt, und hier werden gesellschaftliche Konflikte um knappe Ressourcen deutlich. Der Zusammenhang zwischen sozialer und räumlicher Organisation der Gesellschaft wird im lokalen Raum unmittelbar erfahren, hier vor allem vollzieht sich gesellschaftlicher und politischer Alltag. Wie tolerant und demokratisch ein Gemeinwesen ist, zeigt sich beispielsweise darin, wie vor Ort mit „fremden“ Mitbürger/-innen und anderen Lebensentwürfen umgegangen oder wie auf rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen reagiert wird. **Wichtige Rahmenbedingungen für einen demokratischen Alltag werden im Dreieck von Bürgerschaft, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Kommunalpolitik geschaffen.** Was fördert und was hindert Bürger/-innen daran, in ihrer Gemeinde mit Zivilcourage für Toleranz und Demokratie aktiv zu werden?

**Dieser Beitrag widmet sich der Bedeutung der Kommune als Lebenswelt und Handlungsraum, in denen sich zwei gesellschaftliche Tendenzen begegnen: zum einen die Ausbreitung einer rechtsextremen Subkultur und völkisch-nationalen Bewegung, zum anderen die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Kräfte für Toleranz und Demokratie.**

Zunächst möchte ich auf Elemente des „modernen“ Rechtsextremismus hinweisen, die den öffentlichen Raum und die Nachbarschaft ins Zentrum ihres Kampfes stellen, und aufzeigen, wie sich eine rechtsextreme Subkultur in ostdeutschen Gemeinden ausbreiten konnte. Im zweiten Teil dieses Beitrages sollen am Beispiel des „Lokalen Aktionsplanes Potsdam“ die fördernden Bedingungen für die Entwicklung von Demokratie und Toleranz im Gemeinwesen analysiert werden.

### RECHTSEXTREME DOMINANZ IM ALLTAG

Der organisierte Rechtsextremismus hat den lokalen Raum schon seit langem als zentrales Betätigungsfeld



entdeckt. Die Strategien wurden in den letzten zwölf Jahren modernisiert, und der „Kampf um die Parlamente“ wurde durch den „Kampf um Räume und Köpfe“ erweitert. Mit dem Konzept „National befreite Zonen“ kann diese Veränderung am besten verdeutlicht werden. Dieser Begriff hat sich analog zur Ausbreitung eines rechtsextremen Lebensstils unter Jugendlichen verfestigt.

### „Befreite Zone“ als Strategiebegriff

Der Begriff geht auf ein Strategiepapier zurück, das im Umfeld der NPD entwickelt wurde. Es wurde zuerst in der Zeitschrift des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB) „Vorderste Front. Zeitschrift für politische Theorie und Strategie“ veröffentlicht und wird seitdem auf rechtsextremen Webseiten und in einschlägigen Zeitschriften verbreitet. Leitende Idee dieser Strategie ist es, überschaubare Freiräume herzustellen, in denen Rechtsextreme dominieren, um ihre Vorstellungen möglichst ungehindert etablieren zu können: „Wir müssen Freiräume schaffen, in denen wir faktisch die Macht ausüben, in denen wir sanktionsfähig sind, das heißt wir bestrafen Abweichler und



Feinde, wir unterstützen Kampfgefährten und -gefährten, wir helfen unterdrückten, ausgegrenzten und verfolgten Mitbürgern. Das System, der Staat und seine Büttel werden in der konkreten Lebensgestaltung der politischen Aktivisten der Stadt zweitrangig. Entscheidender wird das Verhalten derer sein, die für die Sache des Volkes kämpfen, unwichtig wird das Gezappel der Systemzwerge sein. Wir sind drinnen, der Staat bleibt draußen.“ Das heißt im Klartext: Migrantinnen/-innen, demokratisch eingestellte Bürger/-innen und „undeutsche“ Jugendkulturen sollen aus bestimmten öffentlichen Räumen verdrängt werden. Die Straße und das Wohngebiet werden zentrale Orte, um Macht und „Nähe zum Volk“ zu demonstrieren.

Das Strategiepapier unterbreitet konkrete Vorschläge, wie die Sympathie der Bevölkerung durch spezielle Angebote in der Nachbarschaft gewonnen werden kann: „Das Stichwort befreite Zone muss man noch auf zwei weitere Bereiche ausdehnen: 1. Die Straße. Aus militanter Sicht befinden wir uns dann in einer befreiten Zone, wenn wir nicht nur ungestört demonstrieren und Info-Stände abhalten können, son-

dern die Konterrevolutionäre dies genau nicht tun können. Dazu muss man sich die Orte genau auswählen. Es genügen zehn oder zwölf entschlossene Revolutionäre, und WIR bestimmen, was aus militanter Sicht in einer Stadt ist und was nicht. (...) 2. Das Wohngebiet. Revolutionäre dürfen nicht über das gesamte Stadtgebiet zerstreut wohnen, sondern sie sollten sich möglichst auf ein Wohnobjekt und einen Straßenzug konzentrieren, um vor Ort sichtbar Macht auszudrücken. Dann ist es unabdinglich, mit der ansässigen Wohnbevölkerung in intensiven Kontakt zu treten, den Leuten immer und überall zu helfen.“

Hintergrund dieses Strategiepapiers sind die Überlegungen für eine „Kulturrevolution von rechts“: In Anlehnung an die Revolutionstheorie des italienischen Kommunisten Antonio Gramsci will diese „moderne“ Form des Rechtsextremismus eine Umdeutung von Wertesystemen und ihre Verankerung in der Bevölkerung erreichen. Auch wenn bisher noch keine gänzlich befreiten Zonen entstanden sind, so produziert dieses Drohpotenzial dennoch mindestens zeitweise Räume der Angst im Stadtgebiet, die von den genannten gefährdeten Gruppen gemieden werden. Vor allem in ostdeutschen Gemeinden hat sich parallel zur „Modernisierung“ der rechtsextremen Strategien ein subkulturell geprägter Rechtsextremismus ausgebreitet.

## **Politisch-kulturelle Etablierung des Rechtsextremismus**

In der Bundesrepublik erleben wir seit zwölf Jahren, wie sich eine rechtsextrem orientierte, nationalistische Jugendkultur entwickelt. Schwerpunkte dieser rechten Jugendkultur sind ostdeutsche Gemeinden, wo zeitweise an bestimmten Orten (zum Beispiel Straßenzüge, Schulen, Jugendeinrichtungen, Tankstellen) rechte Jugendkulturen mit ihren Codes, Symbolen und Ritualen dominieren und durch Gewalt oder militantes Auftreten ein Drohpotenzial bilden. Diese rechte Dominanz behindert massiv die Entwicklung demokratischer Gruppen und Verhaltensweisen sowie anderer Jugendkulturen. Die Alternativen in der Lebensgestaltung der Jugendlichen vor Ort reduzieren sich auf diese Weise. Das Kräfteverhältnis in einem pluralistisch-demokratischen Alltagsleben wird zugunsten rechter und rassistischer Denk- und Verhaltensmuster verschoben. Im Alltagsbewusstsein nicht nur der jungen Bevölkerung etablieren sich die Ethnisierung von ge-

sellschaftlichen Konflikten und die Ablehnung von Menschenrechten für „undeutsche“ Gruppen. Entstanden ist eine rechtsextreme Subkultur, die sich offen und flexibel gibt. Viele ältere Neonazis haben aus ihrer Politik einen Beruf gemacht, und der Vertrieb von Musik mit rechtsextremen Texten ist ein lukratives Geschäft geworden. Ein wichtiges Element dieser rechtsextremen Strategie ist das Bestreben, eine eigene nationale Jugendarbeit zu organisieren. Ziele der nationalen Jugendarbeit sind die Vermittlung von rechtsradikaler Ideologie, Geschichtsrevisionismus, die Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt und zum Einstieg in die rechtsradikalen Strukturen. Dem dient die intensive Nutzung des Internet und die Schaffung einer Erlebniswelt aus Konzerten, Aufmärschen und Veranstaltungen.

**„Neu“ an dieser rechten Jugendkultur ist, dass sie nicht im Gegensatz zu einer gesellschaftlichen Stimmung steht, sondern sich in und aus ihrer Mitte heraus entwickelt.** Sie findet Rückhalt in jenen Teilen der lokalen Gesellschaft, in denen rassistische und undemokratische Einstellungsmuster dominieren. Beide Elemente, strategische „Eroberung“ lokaler Räume und subkulturelle Ausprägungen des Rechtsextremismus, haben in vielen Gemeinden zur einer gefährlichen Stärkung des Rechtsextremismus geführt: „Sie stellen ein System dar, das multifunktional und netzwerkartig strukturiert ist, in dem Führung besteht und das Handeln grundsätzlich strategischen Mustern gehorcht sowie legalistisch und konspirativ agiert“ (Wagner 2002, 20).

Die **Antworten der Kommunen** auf diese Entwicklungen waren in den Neunzigerjahren sehr unterschiedlich. In vielen Gemeinden wurde die Etablierung einer rechtsextremen Jugendkultur und von sozialen „Räumen der Angst“ nicht beachtet oder unterschätzt. Sie sind die Kehrseite einer geschwächten Demokratie und Zivilgesellschaft vor allem in etlichen ostdeutschen Kommunen. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse beschrieb die Reaktion der Kommunalpolitik als eine Mischung „von Blindheit, Nicht-wahrhaben-Wollen, Beschönigen und Hilflosigkeit gegenüber den Erscheinungen des Rechtsextremismus“ (Die Zeit v. 27.6.2000). Im Umgang mit rechtsextremer Gewalt in Wohngebieten herrschte in einigen Kommunen Ignoranz und Resignation gegenüber dem gesellschaftlichen

Nährboden rechtsextremistischer Einstellungen und fremdenfeindlichen Verhaltens: „Das Problem wird totgeschwiegen, auf ein Problem rivalisierender Jugendbanden reduziert oder auch als solches nicht wahrgenommen. Opfer von Gewalttaten und Menschen, die die Gewalttaten öffentlichen anprangern, gelten häufig als ‚Nestbeschmutzer‘, die das Image der Stadt beschädigen.“ (vgl. isw 2001, 23; Beck 2002). Eine wichtige Voraussetzung für die Verfestigung einer rechtsextremen Dominanz ist eine geschwächte und wenig sensibilisierte kommunale Demokratie. Deshalb ist zu fragen: Wie kann die Zivilgesellschaft vor Ort gestärkt werden?

### **LOKALE HANDLUNGSSTRATEGIEN FÜR TOLERANZ UND DEMOKRATIE: DAS BEISPIEL POTSDAM**

Strategien gegen die Etablierung einer rechtsextremen „Kontrastgesellschaft“, die nur an einem Phänomen ansetzen, greifen zu kurz. Notwendig ist vielmehr ein innerhalb der Kommune abgestimmtes Konzept, das von allen wichtigen Akteuren getragen wird und den gesamten lokalen Raum im Blick hat. Die wichtigsten Akteure sind hier: Schule, Jugendhilfe, Sport, lokale Wirtschaft, Polizei, Medien, Interessenverbände und Bürgerinitiativen. Eine solche integrierte Handlungsstrategie kann durch die Erstellung von lokalen Aktionsplänen erreicht werden. So vergab Anfang Oktober 2001 das Jugendamt der Stadt Potsdam einen Auftrag zur Erstellung eines **Lokalen Aktionsplanes für Toleranz und Demokratie gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit für die Landeshauptstadt Potsdam**. Er sollte sich auf die gesamte Stadt beziehen und Rechtsextremismus nicht nur als Jugendphänomen behandeln. Hier sollen exemplarisch Erfahrungen und Schlussfolgerungen aus dem Prozess der Erstellung und Umsetzung des lokalen Aktionsplanes in Potsdam dargestellt werden.

#### **Ein lokaler Aktionsplan entsteht**

Wenn lokale Aktionen und Maßnahmen für Toleranz und Demokratie langfristig wirksam sein sollen, müssen die verschiedenen Akteure des lokalen Sozialraums umfassend und zielorientiert als Kooperationspartner eingebunden werden (vgl. CAMINO 2001, 5). Insbesondere sollten die Erfahrungen und Wahrnehmungen der verschiedenen zivilgesell-



schaftlichen Akteure und nach Möglichkeit auch von interessierten oder betroffenen Bürger/-innen in eine kommunale Analyse eingehen. Aus den unterschiedlichen Beschreibungen ergibt sich ein umfassendes Bild der Situation und der Ressourcen, das wiederum als Grundlage für die Entwicklung von zielgerichteten Maßnahmen dient. Die breite Einbindung aller wichtigen Akteure fordert überdies die Akzeptanz und eine weitere Mobilisierung. Ziel von lokalen Aktionsplänen ist es nicht, punktuelle Aktionen verschiedenster Akteure zu initiieren. Vielmehr geht es um deren **nachhaltige Kooperation in einem stabilen Netzwerk vor Ort und die Verabredung eines flexiblen Maßnahmenplanes** (vgl. auch Roth u. a. 2002, 17).

### **Die Erstellung des lokalen Aktionsplans erfolgt in vier Schritten:**

► In einem ersten Schritt wird für den Sozialraum eine **Situationsanalyse** des organisierten Rechtsextremismus, der rechtsextremen Subkultur und des Alltagsrassismus erstellt. Neben der Auswertung von zugänglichen Berichten und Statistiken fließen hier die verschiedenen Wahrnehmungen und Einschätzungen von bestimmten Akteuren wie zum Beispiel von Flüchtlingen und Mitarbeiter/-innen von Behörden in die Analyse mit ein.

► Zweitens werden in einer **Ressourcenanalyse** bestehende Strukturen, Handlungsansätze, laufende Maßnahmen und Projekte erfasst, die dann die Basis für die Entwicklung eines integrierten Handlungskonzeptes bilden.

► Drittens werden von allen Beteiligten **strategische Ziele** erarbeitet, zum Beispiel:

- den Einfluss des organisierten Rechtsextremismus und die Ausbreitung einer rechtsradikalen Jugendkultur stoppen;
- eine Art der Öffentlichkeit in der Stadt schaffen, die offen ist für unterschiedliche gesellschaftliche und kulturelle Sicht- und Lebensweisen und sich konsequent gegen Rassismus und Rechtsextremismus wendet;
- die von rechtsextremer Gewalt bedrohten Bevölkerungsgruppen schützen und unterstützen.

► Viertens wird ein **Maßnahmenkatalog** erstellt, der von den verschiedenen Akteuren vor Ort getragen wird. Dieser Katalog geht von deren Erfahrungen aus und listet Aktivitäten und Maßnahmen auf, die als Erfolg versprechend eingeschätzt werden. Der Maßnahmenkatalog ist gegliedert nach Hand-

lungsfeldern, die sich im Laufe der Situationsanalyse als besonders wichtig für eine umfassende Bearbeitung von Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt herauskristallisiert haben. Der Aktionsplan wird als integriertes Gesamtkonzept entwickelt. Daher umfasst der Katalog sowohl laufende wie auch geplante Aktivitäten, die das derzeitige Spektrum ausbauen und ergänzen. Entsprechend der subkulturellen Verankerung von Rechtsextremismus in ostdeutschen Gemeinden liegt ein Schwerpunkt in der Stärkung anderer demokratischer Jugendkulturen und im Ausbau von demokratischen Aushandlungsformen in der Nachbarschaft und verschiedenen Institutionen.

Methodisch werden bei der Erstellung des lokalen Aktionsplans neben Daten- beziehungsweise Materialanalysen vor allem Interviews und verschiedene Formen von Gruppendiskussionen verwendet. Für Potsdam wurden beispielsweise regional- und themenbezogenen Werkstattgespräche durchgeführt.

### **Die Umsetzung des lokalen Aktionsplans**

Die Rückkopplung mit den beteiligten Akteuren ist ein wichtiges Element, nachdem die erste Fassung des Aktionsplanes erstellt wurde. Hier können alle, die an der Erstellung mitgearbeitet haben, Korrekturen und Ergänzungen einbringen. Danach beginnt die **Einbringung und Einbindung des Aktionsplans in den politischen Raum**. Der lokale Aktionsplan Potsdam wurde so in fünf Ausschüssen (Jugendhilfe-, Schule-, Sozial-, Ordnungs-, Hauptausschuss) und im Ausländerbeirat behandelt und abschließend von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Parallel dazu entwickelt sich ein **öffentlicher Diskurs** im lokalen Raum, indem lokale Medien die Diskussionen im politischen Raum aufgreifen. Dabei ist es besonders wichtig, dass sich die politische Leitung der Kommune (Bürgermeister/-in) für eine offensive Auseinandersetzung mit dem lokalen Rechtsextremismus ausspricht. So kann eine Sensibilisierung der lokalen Öffentlichkeit für die Entwicklung des Rechtsextremismus vor Ort und vor allem für die Situation bedrohter Bevölkerungsgruppen erreicht werden. Möglicherweise melden sich in diesem Stadium auch weitere Akteursgruppen, die bei der Erstellung des Aktionsplanes nicht beteiligt waren, so dass sich der Rahmen für die Arbeit mit dem Aktionsplan erweitert. Die Umsetzung des Aktionsplanes bedarf

einer **fachlich qualifizierten Steuerung und Evaluierung**. Um eine effiziente Koordinierung und Begleitung des Aktionsplanes sicherzustellen, wurden in Potsdam eine Servicestelle und ein Beirat der beteiligten Akteure eingerichtet. Die Servicestelle unterstützt die lokalen zivilgesellschaftlichen Akteure, die kommunale Politik und interessierte Bürger/-innen, indem sie Informationen sammelt und weiterleitet, Kooperationspartner für Maßnahmen, Aktionen und Fortbildungen vermittelt und versucht, personelle und finanzielle Ressourcen zu mobilisieren. Ein zentrales Element ist die Schaffung und unbürokratische Verwaltung eines **Aktionsfonds** für zivilgesellschaftliche Gruppen. Hier können kleinere, oftmals spontane Aktionen und Maßnahmen von verschiedenen Gruppen in der Stadt gefördert werden, die meist nur wenig kosten, wie zum Beispiel eine Informationsveranstaltung oder eine Begegnung im örtlichen Asylbewerberheim. Darüber hinaus dient die Servicestelle als Anlaufpunkt und **Beratungsstelle für Gruppen**, die im Sinne der Ziele des Aktionsplanes aktiv werden wollen. Im weiteren Verlauf kann versucht werden, die oftmals sehr unterschiedlichen Sichtweisen von lokalen Akteuren auf einen (oft nur den kleinsten gemeinsamen) Nenner zu bringen, beispielsweise wenn Aufmärsche von rechtsextremen Gruppen geplant sind. So ist es in Potsdam gelungen, neben den zivilgesellschaftlichen Akteuren aus Jugendhilfe, Flüchtlingsarbeit und Schule auch die örtlichen antifaschistischen Jugendgruppen in den Kommunikationsprozess einzubinden.

## **ERFAHRUNGEN UND SCHLUSSFOLGERUNGEN**

Nach der Erstellung des lokalen Aktionsplanes in Potsdam und ersten Erfahrungen aus seiner Umsetzung lassen sich **fünf zentrale Gesichtspunkte** für eine weitere Stärkung von Toleranz und Demokratie im lokalen Raum formulieren:

1. Rassistische und rechtsextreme Einstellungen werden zwar oft als Jugendphänomene wahrgenommen, sind aber in allen Teilen der Bevölkerung vorhanden. Deshalb muss die ganze Kommune in den Blick genommen werden. Und: Rassistische und rechtsextreme Einstellungen bleiben ein Problem für eine demokratische politische Kultur eines Gemeinwesens, auch wenn es nicht (mehr) zu gewalttätigen Übergriffen kommt.

2. Ein lokaler Aktionsplan sollte nicht am „grünen Tisch“ entstehen, sondern Einschätzungen, Ideen und Vorschläge aller professionellen und ehrenamtlichen Akteure vor Ort, ebenso wie von interessierten Bürger/-innen, Flüchtlingen und Bürgerinitiativen einbeziehen. Dabei muss der lokale Aktionsplan flexibel gestaltet werden, so dass auf Veränderungen der Situation reagiert werden kann.

3. Nicht viele punktuelle Einzelaktivitäten sind gefragt, sondern die Entwicklung von spezifischen Maßnahmen, die Toleranz und Demokratie vor Ort stärken. Sie sollen ineinander greifen und für eine nachhaltige Stärkung demokratischer Potenziale sorgen. Notwendig dafür ist ein institutioneller „Knotenpunkt“, in dem sich die verschiedenen Maßnahmen und Akteure vor Ort treffen und verknüpft werden.

4. Oft sind in einer Kommune die vielfältigsten personellen und materiellen Ressourcen vorhanden, welche die Verwirklichung eines Aktionsplanes unterstützen können, zum Beispiel engagierte Lehrkräfte, Verwaltungsangestellte, selbstorganisierte Jugendgruppen etc. Sie arbeiten aber oftmals isoliert. Daher gilt es, diese Ressourcen aufzudecken, zu stärken und zu vernetzen.

5. Die kommunale Politik muss diesen Prozess unterstützen, indem sie sich an der Erarbeitung des Aktionsplans beteiligt, ihn in den verschiedenen Ausschüssen und im Stadtparlament diskutiert und verabschiedet. Die Auseinandersetzung mit den lokalen Erscheinungen des Rechtsextremismus sollte nicht zu einer Stigmatisierung führen, sondern langfristig zu einer Verbesserung des Klimas in der Kommune. Toleranz und Demokratie sind wichtige Faktoren für die Lebensqualität vor Ort.

## LITERATUR

---

Wer weitere Informationen zur Konzeption und Praxis eines solchen Aktionsplanes wünscht, sei neben dem Kurzporträt von „Camino“ (im Serviceteil dieses Buches) verwiesen auf die Publikation:

**CAMINO-Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich GmbH: Lokaler Aktionsplan für Toleranz und Demokratie gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit für die Landeshauptstadt Potsdam. Berlin, Potsdam 2001.**

Beck, Martin: Ohne Umwege gegen Rechts. Gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Brandenburger Jugendliche beweisen mit der „Aktion Analyse“ erneut Zivilcourage und Engagement. In: Freitag Nr. 34 v. 16.8.2002 (<http://www.freitag.de/2002/34/02340402.php>).

Institut für Stadtentwicklung und Wohnen (isw): Rechte Gewalt in Wohngebieten, Frankfurt an der Oder 2001.

Roth, Roland / Lynen von Berg, Heinz / Benack, Anke: Programme und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Fragen und Antworten zu ihrer wissenschaftlichen Begleitung, in: Lynen von Berg, Heinz / Roth Roland (Hg.): Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet, Opladen 2003.

Wagner, Bernd: Kulturelle Subversion von rechts in Ost- und Westdeutschland: Zu rechtsextremen Entwicklungen und Strategien, in: Gumke, Thoma / Wagner, Bernd (Hg.): Handbuch Rechtsradikalismus, Opladen 2002.